BEBAUUNGSPLAN NR. 1

"ORTSKERN ZUDAR" DER

GEMEINDE ZUDAR

EINSCHLIESSLICH ORTLICHER BAUVORSCHRIFTEN

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Neufassung, der Bekanntmachung vom 27.8.1997(BGBLI S.2141 ber. 1998 I S.137) sowie nach § 86 der

Landesbauordnung M/V in der Bekanntmachung der Neufassung vom 06.05.1998

(GVOBL M/V, S.468,612) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 für den Ortsteil Zudar der Gemeinde Zudar (Gemarkung Zudar, Flur 1, Flurstücke 11/1, 11/2, 11/4 teilweise, 13/1, 13/2, 14/1, 15/1-15/3, 15/4 teilweise, 15/5, 15/6-15/8 teilweise, bestehend aus der Planzeichnung Teil A und dem Text Teil B, erlassen:

Hnderg gem. Katasteramt Teil A: Planzeichnung WR 1 0,30 0,30 0,40 0,40 45*-48 SD, KWD offene Bauweise Bauweise FH max 12,6 m U. H H max 13,2 m U. HN WR 2 0,40 0,40 I 45°-48 SD, KWD offene Bauweise Bauweise FH max 13,0 m U. H H max 12,1 m U. HN Trigonom Punkt + & Schleber Gos Verkehreschild

PLANZEICHENERKLARUNG

(a) autges Laubbaus

Stahlbetonear

Stahlwast

* Laterna

Bauleitpläne - Bebauungspläne nach Planzeichenverordnung vom 18.12.1990

■ Unterflurhydrant [] Fernepr.-Einrichtung (] Anschlagsaule

1 Oberflurhydrant (Kiloseterst Straße Stütze rund

1) Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr 1 BauGB : V m § 6 BauNVO) § 3 BauNVQ) Anderg. gem. Gen. Nr. 02114-00-30 Reine Wohngebiete (§ 3 BauNVO)

2) Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB : V m. §§ 16 und 18 BauNVO) 0,30 - 0,40 Geschoßflächenzahl 0,30 - 0,40

Grundflächenzahl Zahl der Vollgeschosse Grundfläche baulicher An-300 m²

FULLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

Baugebiet Grundflächenzahl Geschoßflächenzahl Bauweise Zahl der Vollge-Dachneigung schosse Dachform Ranmeize Dacheindeckung

Firsthohe

3) Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i V m §§ 22 und 23 BauNVO)

Einzelhäuser Doppelhäuser ---- Baugrenze Baulinie

(\ABT3\CADDY\PLESSOW\SANT\ZUDAR\SPI\ZUDAR2 pic.

4) Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Noutern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinsteedarf, Flachen für Sport- und Spielanlagen 9 (1) Nr 5 und (4) BauGB) Finderg gem. Gen. Nr. 02114-00-30

Geweindegrenze

G-O-- Holwengeländer

Straßen, Hege

Q Q Boueraine (Laubb.)

A A A Bauereine (Nadelb.)

5) Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

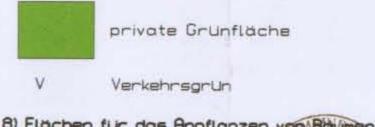
unbef. unbefestigt

Straßenverkehrsfläche . . Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

▼ Ein- und Ausfahrt gen (§ 9 (1) Nr 13 BauGB)

unterirdische Leitung Elektrizität

7) Grunflächen (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)



Findeng. gem. Gen. Nr. 02114-00-30

8) Flächen für das Anpflanzen van Baumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr 25a BauGB) 25 b BauGB Erhaltung von Bäumen

9) Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz (§ 9 (6) BouGB) Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen gem. § 9 Abs. 6 BauGB

10) Sonstige Planzeichen Grenze des räumlichen Geltungs-

bereiches des Bebauungsplanes gem. § 9 (7) BauGB Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung gem. § 1 und § 16 BauNVO

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen gem. § 9 (1) Nr.21 BauGB

Umgrenzung von Flächer für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 (1) Nr.4 und Ni 22 BauCB) Hinderg. gem. Gen. Nr. 02114-00-30 Stellplätze Firstrichtung dem 8 9 (1) Nr. 2 BauGB

Kruppelwalmdach FH max maximale Firsthöhe Festpunkt Oberkante Straße (Kanaldeckel) = 3,34 m Uber HN

vorhandenes Gebäude Nummer des Bauteppichs

Kusten- u. Gewässerschutzstreifen Hnderg. gem. Gen. Nr. 02114-00-30 von 4082000 Gebäude kunftig fortfallend

Teil B: Textliche Festsetzungen

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Nutzungen im reinen Wohngebiet gem. § 9 (1) Nr.1 BauGB Für das im Bebauungsplan gem. § 3 BauNVO festgesetzte reine Wohngebiet (WR) werden gem. § 1 Abs. 4 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO und gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 BauGB folgende Festsetzungen getroffen: Die Nutzungen gem. § 3 Abs. 3 Nr. 1 (Läden) und Nr. 2 (An-

lagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke) sind un-Alle anderen Nutzungen gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO (nichtstö-

rende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes) sind ausnahmsweise zulässig. 2. Nebenanlagen gem. § 12 und § 14 BauNVO und gem. § 9(1) Nr.4 BauGB

Garagen, Carports und Stellplätze sind im WR 1-3 außerhalb der Baugrenzen zulässig. Im WR 4 sind Garagen und Carports nur im Bereich des ausgewiesenen Bauteppichs Nr. 11 zulässig. Stellplätze sind im WR 4 außerhalb der Bau-Die Anwendung von § 19 (4) BauNVO auf Garagen, Carports

und Stellplätze ist ausgeschlossen. Nebenanlagen gemäß § 14 (1) BauNVO sind außerhalb der Baugrenzen unzulässig; Nebenanlagen gemäß § 14 (2) BauNVO sind zulässia.

3. Pflanzung von Bäumen auf den Grundstücken nach § 9 (1) Nr. 25a BauGB Je vollendete 100 m² versiegelter Fläche sind ein einhei-mischer, standorttypischer Laubbaum und ein Obstbaum standortgerechter Obstbaumsorten entsprechend der Pflanzlisten unter "Nachrichtliche Hinweise" Punkt C. 3a und 3b zu pflanzen. Die Baumpflanzungen sind auf Dauer zu erhalten und bei Verlust nachzupflanzen.

4. Erhaltung und Schutz vorhandener Bäume gem. § 9 (1) Nr. Die im Plangebiet vorhandenen Laubbäume sind zu erhal-ten und während der Baumaßnahmen im Plangebiet gemäß RAS - LG 4 und DIN 18920 zu schützen.

5. Anlage von Verkehrsgrün nach § 9 (1) Nr. 15 BauGB Im Bereich der Flächen mit Verkehrsgrün ist Rasen anzu-

6. Private Grunfläche nach § 9 (1) Nr.15 BauGB Die private Grunfläche vor dem Dycke-Haus ist als Wiese zu gestalten. Hier ist Rasen anzusäen.

7. Einfahrtbereiche nach § 9(1) Nr. 11 BauGB Die Einfahrtbereiche sind pro Grundstück im Bereich der Bauteppiche Nr. 1-3 maximal 3 m breit zulässig. Der im Einfahrtbereich zum Bauteppich Nr. 2 befindliche neugepflanzte Baum mit d=0,1 ist umzupflanzen. Der neue Standort ist die Baumlücke vor dem Bauteppich Nr. 9 (zwischen dem 3. und 4. Alleebaum nördlich des Feuerwehrgebäudes).

8. Bauliche Schallschutzmaßnahmen nach § 9 (1) Nr. 24 BauGB Durch eine geeignete Grundrißgestaltung sind die Wohn- und Schlafräume innerhalb der Gebäude auf den Bauteppichen Nr. 1-3 und 6-10 so anzuordnen, daß diese sich auf der zur L 30 abgewandten Seite befinden. Können Wohn- und Schlafräume nicht auf der zur L 30 abgewandten Seite angeordnet werden, sind Wohnund Schlafräume mit Schallschutzfenstern auszustatten, wobei bauseitig für eine geeignete Lüftungseinrichtung zu sorgen ist, die wiederum Über die gleiche Schallschutzklasse verfügen muß. Für die Außenwände von Wohn- und Schlafräumen ist ein Schalldamm-Maß von erf. R'w,res = 35 dB nicht zu unterschreiten. Zur Bemessung des erforderlichen Lärmschutzes nach DIN 4109 sind die ermittelten Lärmwerte gemäß Anlage zur Begründung (Schalleistungspegel B-Plan Nr.1 "Ortskern Zudar" der Gemeinde Zudar vom 14.04.1998) zu verwenden.

9. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht nach § 9 (1) Nr.21 BauGB Nr.2: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten von Anliegern, Versorgungsträgern, Rettungsdiensten und der Feuerwehr.

Nr. 1: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten von Anliegern, Versorgungsträgern, Rettungsdiensten und der Feuerwehr sowie Geh- und Fahrrecht zugunsten der Feuerwehrleute, die auf der Stellplatzfläche ihre Privatfahrzeuge im Einsatzfall abstellen dürfen.

B ORTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

(gem. § 86 Landesbauordnung M-V i.V.m. § 9 (4) BauGB)

1. Geltungsbereich Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschrift ist identisch mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Nebengebäude haben sich den Hauptgebäuden gestalterisch anzupassen

Dacheindeckung WR 1 bis WR 3. Ziegel in den Farben rot

Die Dachgauben im WR 1 - WR 3 sind bis zu maximal der Hälfte der entsprechenden Dachflächenlänge und die Dachgauben im WR 4 nur auf ein Drittel der entsprechenden Dachflächenlänge zulässig. Im WR 1 - WR 3 sind Schlepp- und Fledermausgauben und im WR 4 nur Fledermausgauben zulässig.

Für Garagen und Carports sind Flachdächer zulässig.

6 Fassade Die Fassade im WR 4 ist als Fachwerk mit Lehm- oder Kalkputz auszuführen. 7. Fenster und Turen

Die Fenster- und Turöffnungen sind im WR 1- WR 4 als stehende Formate auszubilden. Im WR 4 sind nur Sprossenfenster zulässig.

8. Einfriedung Als Grundstücksbegrenzungen zu den Planstraßen und zur Dorfstraße sind Hecken aus einheimischen, standorttypischen Arten wie gemeiner Liguster, Hainbuche oder gemeiner Schneebeere und Holzzäune mit gerader Oberkante mit einer Höhe bis maximal 1,00 m zulässig.

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. In reinen Wohngebieten durfen nach § 53 Abs.4 Nr.1 LBO M-V nur Hinweisschilder aufgestellt werden.

10. Stellplatzfläche GEMEIN Die Stellplätze sind mit Rasengittersteinen zu befesti-

Die Alanstraßen A und B sind zu pflastern. Die Planstraße C Ast. in Rasengittersteinen auszuführen.

C NACHRICHTLICHE HINWEISE

Im Plangebiet sind Bodendenkmale bekannt, deren Veränderung oder Beseitigung nach § 7 DSchG M/V genehmigt werden kann, sofern vor Beginn jeglicher Erdarbeiten die fachgerechte Bergung und Dokumentation dieser Bodendenkmale sichergestellt wird. Alle durch diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (§ 6 Abs. 5 DSchC M/V; GVBL Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14.01.1998, S 12 ff.). Uber die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten zu unterrichten. Für Bodendenkmale, die bei Erdarbeiten zufällig neu entdeckt werden, gelten die Bestimmungen des § 11 DSchG M/V. In diesem Fall ist die Untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen. Der Fund und und die Fundstelle sind bis zum Eintreffen eines Mitarbeiters oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige. Unmittelbar neben dem Planbereich in einer Entfernung von 250 m

1. Bodendenkmale gem. § 9 (6) BauGB

Bodendenkmal gemäß § 2 Abs. 5 DSchG M/V geschützt ist. Im Bereich der Kirche, im Umkreis des Dycke-Hauses bis zum nördlichen Ende des überplanten Bereiches wurde slawische, mittelalterliche und frühneuzeitliche Keramik abgesammelt, die auf die zum Burgwall gehörige Siedlung (suburium) hinweist. Diese obertägig nicht sichtbare Siedlung, die aus Veränderungen und Verfärbungen in der naturlichen Bodenbeschaffenheit besteht (z.B. Gruben, Pfostengruben, verschüttete Gräben und Kel-

ler), ist gemäß § 2 Abs. 5/2 DSchG M/V ebenfalls als Bodendenk-

Richtung Sudosten, befindet sich ein slawischer Burgwall, der als

. Anfallender Bodenaushub Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß anfallender Bodenaushub, für den keine eigene Wiederverwendung vorhanden ist, der Bodenleitstelle beim Wasser- und Bodenverband Rugen mitzuteilen ist.

3. Pflanzlisten

mal geschUtzt

a) Standortgerechte Obstbaumsorten

- Cox orange, Finkenwerder, Graham, Roter Boskop, Dulmener, Pommerscher Krummstiel, Schöner aus Boskop

- Williams Christ, Robert de Neufville Hauszwetschae Sauerkirsche - Montmorency SUßkirsche – Marmotte Wild-Apfel - Malus sylvestris

b) Standorttypische Laubbäume

Wild-Birne - Pyrus domestica

Feldahorn - Acer campestre Spitzahorn – Acer platanoides Bergahorn - Acer pseudoplatanus gemeine Birke - Betula pendula Carpinus betulus Vogelkinsche - Cerasus avium Rotbuche Fagus sylvatica gemeine Esche - Fraxinus exelsion - Quercus robur Silberweide - Salix alba Eberesche Sorbus aucuparia - Tilia condata Winterlinde

Abwasserentsorgung Die Abwasserentsorgung hat durch Anschluß an das geplante Kanalsystem der zentralen Kläranlage von Zudar zu erfolgen.

5. Regenwasserentsorgung Die Niederschlagswasserbeseitigung der Dach- und Hofflächen ist durch Muldenversickerung gemäß ATV-Regelwerk, Arbeitsblatt A-138 "Bau und Bemessung von Anlagen zur dezentralen Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser", Ausgabe Januar 1990, vorzunehmen. Hierbei sind die Grundstücke im Bereich der Mulden soweit anzuheben, daß ein Abstand von 1m zum höchsten Grundwasserstand (HGW) eingehalten wird.

6. Rechtsgrundlagen Folgende weitere Rechtsgrundlagen wurden verwendet: - Planzeichenverordnung (PlanzV) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 18.12.1990 - Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBL I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.04.1993

- Landesbauordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LBau0 M/V) vom 30.04.1998 (GVOBL M/V S.388) - Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M/V) vom 18.02.1994 (GS M/V, GL Nr. 2020-2)

Küsten- u. Gewässerschutzstreifen 7. Lage im 200 m Kustenschutzstreifen gem. § 9 (6) BauGB und gemäß § 19 Landesnaturschutzgesetz Hnderg, bzw. Ergänzung gem. Gen. Nr. 02114-00-30

Das Plangebiet befindet sich vollständig gemäß § 89 Abs. Stans deswassergesetz (LWAG) vom 30.11.1992 (GVOBL M/V Nr. 28 S.1868). zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.1993 (GVOBL \$178) im 200 m Kustenschutzstreifen.

8. Lage im Trinkwasserschutzgebiet (TWSG) gem. § 9 (6) BauGB Das Plangebiet befindet sich vollständig in der Trinkwasserschutzzone III (TWSZ) der bestehenden Wasserfassung (WF) Zu-

Dieses TWSC wurde mit dem Kreistagsbeschluß 99-19/74 vom 13.03.1974 festgelegt. Der Schutzstatus hat gemäß § 136 Wassergesetz des Landes M/V (LWAG) vom 30.11.1992 weiterhin Bestand, ebenso die auf der Grundlage der TGL 24 348 und 43 850 festgelegten Schutzanordnungen.

9. Landesbauordnung M/V (LBau0 M/V) Auf die Einhaltung der Abstandsflächen gemäß § 6 LBau0 M/V

Gemäß § 7 Abs. 2 LBau0 M/V durfen bei der Errichtung eines Gebäudes vorgeschriebene Abstände und Abstandsflächen auch bei nachträglichen Grenzänderungen und Grundstücksteilungen nicht unterschritten oder Überbaut werden. Auf die allgemeinen Anforderungen der §§ 8 bis 16 der LBau0 M/V wind hingewiesen.

10. Ausfahrtsbereiche im WR Da die eigentlichen Ausfahrtsbereiche außerhalb des B-Planes liegen, sind die erforderlichen Ausnahmen gesondert bei der Naturschutzbehörde des Landkreises Rügen zu beantragen.

11. Schutz der Lindenallee gem. § 9 (6) BauGB Die an das Plangebiet grenzende Lindenallee ist zu erhalten. Das Fällen sowie die Beeinträchtigung der Alleebäume durch Erschließungsanlagen (Elektro, Gas, Wasser, Abwasser) und sonstige Eingriffe im Wurzelbereich der Aleebaume sind unzulässig.

3. Die fruhzeitige Burgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB 19.02.1998 durchgeführt worden.

4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schrei-ben vom 27.02.1998 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 23.10.97

2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde ist Egen

§ 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 3 BauZVO beteiligt Wor-

Die ortsubliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (strauer) Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 19.41.97 bis zum 4.1297 erfolgt.

5. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Betabes am 17.12.1998 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Zudar, den 10.10.2001

Zudar, den 30.05, 2000

Verfahrensvermerke

Zudar, den 30.05.2000

Zudar, den 30.05.2000

6. Die Gemeindevertretung hat am 17.12.1998 den Entwurf des Bedatungs planes sowie die Begrundung beschlossen und zur Auslegung bestimmt,

Zudar, den 30.05.2000

7. Die Entwurfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung Teil A und dem Text Teil B, einschließlich örtlicher Bauvorschriften gem § 86 Landesbauordnung M/V vom 30.04.1998 sowie der Begründung haben in der Zeit vom 11.01.1999 bis zum 12.02.1999 während folgender Zeiten, Mo,Mi,Do v. 7.00-12.00Uhr u. 13.00-16.00Uhr, Di v. 7.00-12.00Uhr u. 13.00-18.00Uhr u. Fr. 7.00-12.00Uhr nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 21.12.1998 ortsUblich bekanntgemacht worden.

Zudar, den 20.05.2006

8. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Amerikannen der Burger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belance am 28.10.1999 gepruft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Zudar, den 40.40.2001

9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung (Zitte) Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes sowie die Begründung wurden in der Zeit vom 22.11.1999 bis zum 23.12.1999 während folgender Zeiten Mo, Mi, Do v. 7.00-12.00Uhr u. 13.00-16.00Uhr, Di v. 7.00-12.00Uhr u 13.00-18.00Uhr u. Fr. 7.00-12.00Uhr zum 2.Mal öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 3.11.1999 ortsüblich. bekannt gemacht worden.

Zudar, den 10. 10. 2001

10. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anzegungen der Burger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlichen Belange am 24.02.2000 gepruft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

12 Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung Teil A und dem Text Teil B, einschließlich örtlicher Bauvorschriften gem. § 86 Landesbauordnung M/V vom 30.04.1998, wurde am 24.02.2000 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Geneinderertretung vom 24.02.2000 gebilligt.

Der Leiter des Katasterantes

Zudar, den 10.10.2001

Zudar, den 10.40.2001

Bergen, den 88, W. Lugi

13 Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeich nung Teil A und dem Text Teil B, einschließlich örtlicher Bauvorschriften gem. § 86 Landesbauordnung M/V vom 30.04.1998, wurde mit Venfugung der höheren Verwaltungsbehörde vom 4.08.2000 Az 02114-00036 mit Maßgaben und Auflagen erteilt

Zudar, den 10.10.2001

14. Die Maßgaben und Auflagen wurden durch den Beitrittsbeschluß der Demeindevertretung vom 22.02.01 erfullt Die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfugung der höheren Verwaltungsbehörde vom Az. bestätigt.

Zudar, den 10.10.2001

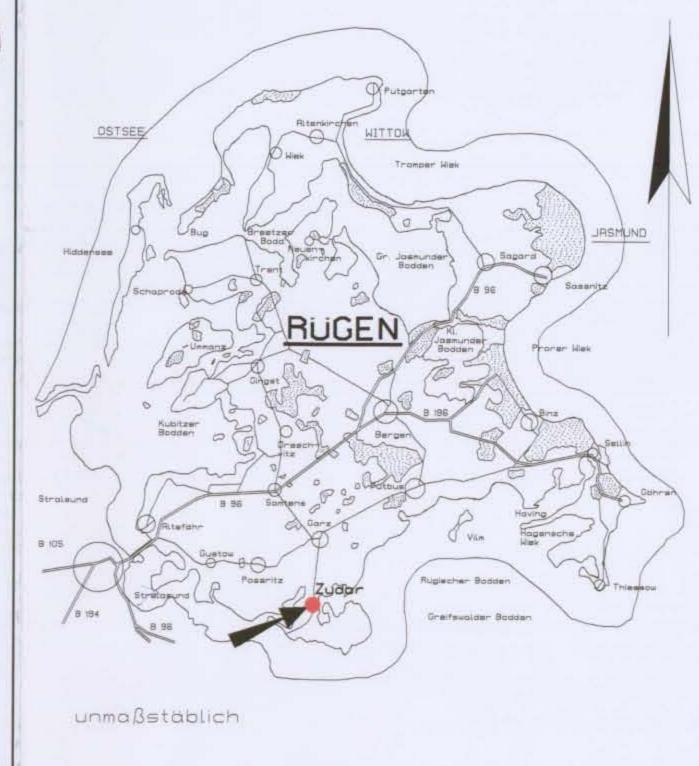
15. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung Teil aus dem Text Teil B, einschließlich örtlicher Bauvorschriften gem § Landesbauordnung M/V vom 30.04.1998, wird hiermit ausgefer tethor

Zudar, den 10.10.2007

16. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle De der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist in der Zeit vom 44. 40. 2001 bis zum 26.40. 2001 durch Aushang ortsublich bekannt gegeben worden. In der Bekanntmachung ist auf Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängel der Abwägung sowie der Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satzilling 9 BauGB) hingewiesen worden. Auf § 5 Abs. 5 der Kommunalverfossung M-V wurde hingewiesen. Die Satzung ist am 25.70.07 in Kraft getreten 157

Zudar, den 10.10.2007

Übersichtskarte



SATZUNGSEXEMPLAR 3. AUSF.

Bebauungsplan

"Ortskern Zudar" ZUDAR, 10.10. 2007

Gemeinde Zudar

Rugener Planungsburo Ruggentiner Str 18 18573 Samtens

ARCHITEKTEN-UND INGENIEURUNION STRALSUND GmbH HEYDEMANN-RING 55*POSTFACH: 4*18437 STRALSUND* TELEFON: (03831)256500*TELEFAX: 256555

Insel Rugen Gemeinde Zudar Ortsteil Zudar Gemarkung Zudar, Flur

1aßstab Datum:

19.02.98 05.12.98 1. Anderung 22.03.99 2. Anderung 3. Anderung

04.10.99 4. Anderuna 5.Anderung 18.10.2000 6.Anderung, Auflage der Ge-

nehmigung vom 04.08.2000 23.07.2001 7.Anderg., Auflage Katasteramt